

23.04.2020

Herrn
Bundeskanzler Sebastian Kurz
Per E-Mail: sebastian.kurz@bka.gv.at

nachrichtlich an Bundesministerien, Sozial- und Gesundheitssprecher der politischen Parteien, Einrichtungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Sebastian Kurz,

die COVID-19-Maßnahmen beeinflussen unseren Alltag und stellen uns alle vor neue Herausforderungen die nicht nur eine gesundheitliche Dimension sondern auch eine soziale und psychosoziale Dimension haben. Das betrifft ganz besonders chronisch kranke Menschen und deren Angehörige – die ja laut Bundesregierung zur Risikogruppe gehören - aber auch Menschen in schwierigen Lebenssituationen zum Beispiel durch den Verlust des Arbeitsplatzes, Ausschluss aus der Erwerbstätigkeit, kein Zugang zu Spezialambulanzen usw. In den letzten Jahrzehnten hat sich die Selbsthilfe in Österreich intensiv für eine kollektive Beteiligung an Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen im Sozial- und Gesundheitsbereich eingesetzt und damit ganz wesentlich zu partizipative Strukturen beigetragen. Diese erfolgreiche Entwicklung der kollektiven Beteiligung, die in anderen europäischen Ländern schon viel weiter fortgeschritten ist, muss auch oder gerade deshalb in der Corona-Krise fortgesetzt werden. Menschen, die sich in Selbsthilfegruppen zusammengeschlossen haben, warten eben nicht, bis sie fürsorgerisch versorgt werden, sondern sie sind bereit sich aktiv mit aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen, die Auswirkungen auf die Situation der jeweiligen Zielgruppen haben, auseinanderzusetzen. Durch den Erfahrungs- und Informationsaustausch in den Selbsthilfegruppen werden die TeilnehmerInnen nicht nur zu ExpertInnen in eigener Sache, sondern sie können auch einen sehr guten Überblick über die Auswirkungen zum Beispiel der COVID-19-Maßnahmen für die Betroffenen im Alltag geben und die Stolpersteine im Alltag darstellen. Die Betroffenenkompetenz, als erlebte Kompetenz, kann die Fachkompetenz als erlernte Kompetenz, bei sozial- und gesundheitspolitischen Entscheidungen sehr gut ergänzen und dadurch ist **die definierte Risikogruppe nicht nur ein Problem, sondern auch Teil der Lösung.**

Es ist also höchst an der Zeit, dass die Risikogruppen mit ihrer Erfahrungskompetenz in den Krisenstäben gehört werden und deren Perspektive bei den Entscheidungen mitberücksichtigt werden. Partizipation und kollektive Beteiligung sind gerade in Krisenzeiten besonders wichtig, damit getroffene Maßnahmen von der Risikogruppe mitgetragen (Adhärenz) werden und damit zu einer erfolgreichen Umsetzung der Maßnahmen beitragen.

Besondere Zeiten verlangen besondere Entscheidungen und es ist durchaus nachvollziehbar, dass in einem ersten Schritt im Zusammenhang mit COVID-19 die medizinische Versorgung sichergestellt und Entscheidungen zur Reduzierung der Infektionen getroffen werden mussten. Immer wieder wurde von politischer Seite betont, dass getroffene Maßnahmen unter anderem zum Schutz der Risikogruppe getroffen wurden. Nach mehr als vier Wochen zeigt sich aber, dass die Maßnahmen für

die Risikogruppe durchaus oft unüberwindbare Hürden mit sich gebracht haben. Können Sie sich vorstellen wie es für Menschen mit einer chronischen, entzündlichen Darmerkrankung ist, wenn keine öffentlichen Toiletten und auch keine Behindertentoiletten geöffnet und nutzbar sind? Wurde bei der Entscheidung überhaupt daran gedacht oder war Entscheidungsgrundlage, dass diese für diese Zielgruppe „bleiben Sie zu Hause“ gilt. Ein weiteres Beispiel: Die Drogeriekette DM hat bereits ein Plakat – siehe Foto in der Anlage – im Eingangsbereich, wo klar darauf hingewiesen wird, dass die Risikogruppe nicht selbst einkaufen soll! Das ist eine klare Diskriminierung einer bestimmten Zielgruppe und das kann ja wohl nicht Ziel der politischen Überlegungen sein. Vorerst ist es als Empfehlung formuliert, aber die vergangenen Wochen haben gezeigt, wie schnell etwas verordnet werden kann.

Der erschwerte Zugang zu Spezialambulanzen wie zum Beispiel Diabetes- oder Rheumaambulanz und auch psychosoziale Faktoren wie Isolation und Vereinsamung stellen für chronisch kranke Menschen zusätzliche Risikofaktoren dar, deren Auswirkungen sich unter anderem durch die Nichteinhaltung eines Therapieplanes oder depressive Verstimmungen, familiäre Gewalt oder Beziehungsschwierigkeiten zeigen.

Selbsthilfegruppen haben eine wichtige Funktion auf der Ebene unmittelbarer psychosozialer Hilfestellung, der alltäglichen Lebensbewältigung und der eigenen Interessenvertretung. Selbsthilfegruppen vermitteln das, was viele Menschen im Alltag vermissen: ein Gefühl der Gemeinschaft, Verständnis und gegenseitiger Unterstützung und Solidarität.

Die Initiative NANES – Nationales Netzwerk Selbsthilfe ist ein Zusammenschluss der themenübergreifenden Selbsthilfe-Unterstützungseinrichtungen der Bundesländer und kann durch diese Vernetzung einen sehr guten Überblick über die kollektiven Anliegen von Selbsthilfegruppen (ca. 1.700 in Österreich, Quelle: www.oekuss.at vom 23.04.2020) in den Bundesländern geben und die alltäglichen Schwierigkeiten der Betroffene/Angehörige durch die COVID-19-Maßnahmen aufzeigen. NANES nimmt in Österreich eine Brückenfunktion zum Thema Selbsthilfe ein und daher ist diese Expertise in den COVID-Krisenstäben und Expertengremien auf Bundes- und Landesebene durch aktive Beteiligung der Initiative NANES, die als Sprachrohr fungiert, zu berücksichtigen. Abschließend appellieren wir noch einmal an Sie, die Selbsthilfe aktiv an der Entwicklung von Maßnahmen zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen



Mag. Monika Maier
NANES-Sprecherin



NANES - Nationales Netzwerk Selbsthilfe

NANES-Koordinationsstelle: Dachverband NÖ Selbsthilfe, Wiener Straße 54/Stiege A/2. Stock, 3100 St. Pölten

E-Mail: info@nanes.at

WEB: www.nanes.at

NANES-Sprecherin: Mag. Monika Maier

Tel: 0664/526 45 64

E-Mail: maier@selbsthilfe-kaernten.at